

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller/Miriam Schwarz, SP) vom 11. Juni 2009: Aktiv gegen die Krise: Ausbildung für eine neue Arbeitswelt (09.000231)

In der Stadtratssitzung vom 25. März 2010 wurde das folgende Postulat Fraktion SP/JUSO mit 31 Ja, 28 Nein und 1 Enthaltung erheblich erklärt:

Nach der Krise wird die wirtschaftliche Situation nicht mehr die gleiche sein wie vor der Krise. Es gilt deshalb, sich schon heute auf das Nachher vorzubereiten. Dazu braucht es entsprechend ausgebildete Arbeitnehmende.

Der ökologische Umbau der Wirtschaft und der Gesellschaft ist unerlässlich. Daneben sind vermehrt auch soziale Kompetenzen und ein nachhaltiges Wirtschaften mit möglichst geringen spekulativen Einsätzen gefragt. Work-Life-Balance, Ausrichtung auch auf sinnvolle Gemeinschaftsaktivitäten sowie die sinnvolle Verbindung von Arbeit und Freizeit müssen noch an Wichtigkeit gewinnen.

Die Arbeitswelt spielt auch weiterhin eine zentrale Rolle nicht nur in der Existenzsicherung, sondern auch in der Sinnggebung des Lebens. Darum ist es unerlässlich, alles zu tun, damit der möglichst reibungslose Übergang von der Sek. I-Stufe in die Sek. II-Stufe und anschliessend in die Arbeitswelt gut funktioniert. Die entsprechenden Vorkehrungen und Präventionsmassnahmen sind zu verstärken. Die Ausrichtung auf die neuen Anforderungen und Themen muss gleichzeitig erfolgen.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Gemeinsam mit den Bildungsinstitutionen (Berufsfachschulen, LWB, Fachschulen, Fachhochschulen, Universität usw.) sind Aus- und Weiterbildungen für die neuen Anforderungen und Themen (z.B. Umwelttechnologie) zu schaffen.
2. Auf universitärer oder Fachhochschul-Ebene ist eine Institution zu schaffen, welche mit-hilft, den Transfer der Kenntnisse und Erfahrungen von der Forschung in die Wirtschaft und hinein in alle gesellschaftlichen Schichten voran zu treiben.
3. Die Begleitmassnahmen für den Übergang von der Sek. I-Stufe in die Sek. II-Stufe und in die Arbeitswelt sind zu optimieren und die einzelnen Akteure gut miteinander zu vernetzen.
4. Die Weiterführung der Projekte und Massnahmen zur Integration Jugendlicher in die Arbeitswelt sind zu erhalten und, wo nötig, auszubauen.

Bern, 11. Juni 2009

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller/Miriam Schwarz, SP): Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Guglielmo Grossi, Leyla Gül, Corinne Mathieu, Giovanna Battagliero, Hasim Sönmez, Rithy Chheng, Ursula Marti, Nicola von Greyerz, Annette Lehmann, Beat Zobrist, Daniela Schäfer, Beni Hirt

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat ist sich der grossen Bedeutung einer guten Grund- und Berufsausbildung bewusst. Es ist auch wissenschaftlich belegt, dass eine gute Ausbildung der wichtigste Faktor ist, um aus der Armutsfalle herauszukommen.

Gleichzeitig ist eine gute Bildung auch für ein gut funktionierendes demokratisches System wie auch aus volkswirtschaftlichen Überlegungen von Bedeutung. Die Stadt Bern leistet als Bildungs- und Forschungsplatz einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung von hochqualifiziertem Fachpersonal für Wirtschaft und Verwaltung.

Der Gemeinderat hat in seinen Legislaturrichtlinien 2009 - 2012 das Ziel festgelegt, Bern als Bildungs- und Forschungszentrum zu stärken. Massnahmen dazu sind, sich dafür einzusetzen, dass die Stadt Bern Standort für einen allfälligen Fachhochschul-Campus wird und dass die Stadt zum wichtigsten Zentrum der politischen und verwaltungstechnischen Ausbildung der Schweiz wird.

Für den Gemeinderat ist es ausserdem wichtig, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler einen Abschluss auf der Sekundarstufe II erreichen. Seit Jahren hat sich die Stadt Bern dafür eingesetzt und bereits zahlreiche Massnahmen ergriffen. Um die im Postulat angesprochene Vernetzung der verschiedenen Akteurinnen und Akteure zu erreichen, hat der Gemeinderat 2005 Strategien und Massnahmen zur Bekämpfung der (Jugend-)Arbeitslosigkeit verabschiedet. Seit Jahren wird ein Runder Tisch zur Bekämpfung der (Jugend-)Arbeitslosigkeit respektive zur Arbeitsintegration geführt. Relevante Akteurinnen und Akteure treffen sich da regelmässig zum Informationsaustausch und zur Koordination der Aktivitäten.

Auch auf kantonaler Ebene wurden verschiedene Massnahmen ergriffen, welche dem im Postulat angestrebten Ziel des nahtlosen Übergangs von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II dienen: Das Case Management Berufsbildung wurde eingeführt, in dem Schülerinnen und Schüler, die Schwierigkeiten haben, den Übertritt in die Sekundarstufe II zu schaffen, bereits ab dem 7. Schuljahr identifiziert und so weit nötig begleitet und unterstützt werden. Die Brückenangebote auf der Sekundarstufe II werden überprüft und sollen neu koordiniert werden, so dass die Schülerinnen und Schüler demjenigen Angebot zugeführt werden, das ihnen für ihre persönliche und berufliche Weiterentwicklung am besten dient.

Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung BIZ Bern-Mittelland erfasst diejenigen Jugendlichen, die Begleitung oder Unterstützung brauchen und führt sie an das entsprechende Angebot heran (Triage). Das Angebot ist vielseitig und auf die unterschiedlichen Schwierigkeiten abgestimmt (Junior Coaching, Junior Job Service, Case Management usw.).

Die Stadt Bern beteiligt sich selber am Junior Coaching, indem sie einen Leistungsvertrag mit dem BIZ abgeschlossen hat zur Begleitung und Unterstützung von weiblichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund (incluso) wie auch für Jugendliche aus Bern-West (Kamäleon).

Die Schulen ihrerseits haben 2009 ihre Berufswahlkonzepte aktualisiert mit dem Ziel, dass alle Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit eine Anschlusslösung haben. Die Lehrpersonen sind verpflichtet, der Erziehungsdirektion des Kantons Bern diejenigen Schülerinnen und Schüler zu melden, die keine Lösung haben. Das BIZ Bern-Mittelland nimmt mit den Betroffenen Kontakt auf, um mit ihnen zusammen eine Lösung zu suchen. Voraussetzung dafür ist die Kooperationsbereitschaft dieser Jugendlichen.

Stellungnahme zu den einzelnen Punkten:

Zu Punkt 1:

Im Kanton Bern sind die Gemeinden Trägerinnen der öffentlichen Volksschulen. Hingegen ist der Kanton Träger von Schulen der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe (Berufsfachschulen, Lehrwerkstätte, Fachschulen, Fachhochschulen, Universität). Die direkte Einflussmöglichkeit

der Stadt Bern ist hier gering. Die Stadt wird aber das Anliegen bei den kantonalen Stellen deponieren und sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Anstrengungen fortgeführt werden. Es wird auf dieser Stufe nicht gemeindespezifisch agiert, wie dies im Postulat angeregt wird. Die Schulen auf der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe sind für Jugendliche und junge Erwachsene aus dem ganzen Kanton, auf der Tertiärstufe sogar aus ganz Europa und aus der ganzen Welt offen.

Der schweizerische Verband für Weiterbildung (SVEB) (<http://www.alice.ch/de/sveb/verband>) fördert die Zusammenarbeit unter den Weiterbildungsinstitutionen, weckt das öffentliche Verständnis für die Bedeutung der Weiterbildung und unterstützt seine Mitglieder in deren Tätigkeit. Er setzt sich auch dafür ein, dass die Weiterbildungsangebote in der Schweiz ein hohes Niveau erreichen und dass Bund, Kantone und Gemeinden optimale Rahmenbedingungen für die Weiterbildung schaffen. Der SVEB setzt sich ausserdem zum Ziel, weiterbildungswillige Menschen zu unterstützen und andererseits die Lust auf Weiterbildung bei jenen zu wecken, die ihre Bildungschancen (noch) nicht wahrnehmen.

Zu Punkt 2:

Sowohl im Gesetz über die Fachhochschulen wie auch im Universitätsgesetz ist festgehalten, dass es Aufgabe der beiden Hochschulen ist, den Wissens- und Technologietransfer sicherzustellen. Diese Vorgabe gilt es einzuhalten, selbstverständlich auch im Interesse der Stadt Bern. Die entsprechenden Zuständigkeiten sind dafür geklärt und die Schulen halten sich daran. Eine Hochschule kann auf internationaler Ebene ohnehin nur konkurrenzfähig bleiben, wenn sie sich den neuen Herausforderungen der Gesellschaft wie auch der Umwelt- und Klima-Themen annimmt. Die Universität Bern ist hier eine wichtige Akteurin auf internationaler Ebene. Das Profil der Fachhochschulen ist spezifisch darauf ausgerichtet, angewandte Forschung zu betreiben. Deshalb arbeiten sie sehr eng mit der Wirtschaft zusammen und tragen dazu bei, die Technologien mit ihren Forschungsergebnissen weiterzutreiben. Als Standortgemeinde sowohl der Fachhochschule wie auch der Universität profitiert die Stadt Bern deshalb von den gut qualifizierten Fachpersonen, die hier ausgebildet werden und sich dadurch oft auch in der Region ansiedeln.

Zu Punkt 3:

Wie bereits in der Einleitung ausgeführt, wird von Kanton und Stadt viel gemacht, um den Schülerinnen und Schülern einen Abschluss auf der Sekundarstufe II zu ermöglichen. Kanton und Stadt haben in den vergangenen Jahren einiges geleistet, um den Übergang von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II zu optimieren. Dies mit dem entsprechenden Erfolg, da der Kanton Bern diesbezüglich den Spitzenrang einnimmt, und rund 95 Prozent aller Jugendlichen einen Abschluss auf der Sekundarstufe II erreichen. Diese Position gilt es auch in Zukunft zu halten und die Anstrengungen dafür dürfen nicht nachlassen. So wird die Stadt Bern auch weiterhin den Runden Tisch zur Arbeitsintegration führen, die Elterninformation zur Berufswahlvorbereitung an die Eltern der Siebtklässlerinnen und Siebtklässler verschicken, die Elternabende für Fremdsprachige zur Berufswahlvorbereitung mitfinanzieren und die Leistungsverträge für die Mentoringangebote incluso und Kamäleon weiterführen.

Auch die Schulen sind mit ihren Berufswahlkonzepten bestrebt, allen Schülerinnen und Schülern zu einer Anschlusslösung zu verhelfen. Noch nicht erfolgreiche Schülerinnen und Schüler werden dem BIZ gemeldet, so dass die Unterstützungsangebote wie Junior Coaching, Junior Job Service und das Case Management Berufsbildung eingesetzt werden können.

Zu Punkt 4:

In der Stadt Bern stehen zahlreiche bereits etablierte und wirksame Angebote für ausbildungs- und arbeitslose Jugendliche zur Verfügung:

Case Management Berufsbildung (CM BB)

Das CM BB verhindert, dass gefährdete Jugendliche aus dem Bildungssystem fallen, indem es diese so weit fördert, dass die Vermittlung in eine berufliche Grundbildung erfolgen kann. Das CM BB erfasst gefährdete Jugendliche ab der 7. Klasse systematisch und ist bei Bedarf aktiv, bis die Integration in den Arbeitsmarkt nach erfolgtem Abschluss der beruflichen Grundbildung (Übergang II) erfolgt ist. Verantwortlich für die Umsetzung des CM BB ist das kantonale Mittelschul- und Berufsbildungsamt MBA.

Angebote des Berufsberatungs- und Informationszentrums BIZ

Für Jugendliche mit besonderem Unterstützungsbedarf bietet das BIZ die Junior-Angebote an (Junior Job Service, Junior Coaching): Mentoren und Mentorinnen bzw. erfahrene Coaches unterstützen Jugendliche, welche bei der Suche nach einer geeigneten Lehrstelle auf zusätzliche Hilfe angewiesen sind.

Das Motivationssemester [to do] des Kompetenzzentrums Arbeit

Im Motivationssemester erweitern Schulaustretende ohne Anschlusslösung und Lehrabbrechende ihre persönlichen und sozialen Kompetenzen, erwerben berufspraktische Fähigkeiten und schliessen Bildungslücken. Die Förderung erfolgt individuell und strebt die Vermittlung in eine geeignete berufliche Grundbildung an. Auftrag und Finanzierung der Motivationssemester erfolgen durch Bund (Staatssekretariat für Wirtschaft [seco]) und Kanton (Berner Wirtschaft [beco] und Gesundheits- und Fürsorgedirektion [GEF]), die Durchführung durch die Stadt Bern (Kompetenzzentrum Arbeit KA).

inizio

inizio akquiriert Lehrstellen (vorwiegend zweijährige Grundbildung mit eidg. Berufsattest) und vermittelt diese an Jugendliche der Stadt Bern und der Gemeinde Köniz, die bei der Suche nach einem Lehrbetrieb auf Unterstützung angewiesen sind (Migrationshintergrund, Lernschwierigkeiten, problematisches soziales Umfeld usw.). Auf Jahresbeginn 2011 ist inicio kantonal ausgeweitet und in eine wirtschaftsnahe, private Trägerschaft überführt worden.

Zusätzlich zu den erwähnten Angeboten hat die Stadt Bern im Rahmen der „Strategien und Massnahmen zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration in der Stadt Bern 2010 - 2013“ die folgenden fünf Massnahmen definiert, welche Jugendliche und junge Erwachsene mit problematischer Ausgangslage in der beruflichen Integration unterstützen:

| Strategien | Massnahmen |
|--|---|
| Ausbildungslose Jugendliche erhalten durch individuelle Förderung und Unterstützung die Gelegenheit, ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz nachhaltig zu verbessern. | <p>M 1: Niederschwelliges Angebot für Jugendliche, für welche der Einstieg in die berufliche Grundbildung und in das Motivationssemester [to do] eine zu hohe Hürde darstellt.</p> <p>M 2: Präventive Unterstützung für Jugendliche in der obligatorischen Schulzeit, welche über schulische Bildung nicht abgeholt werden können.</p> <p>M 3: Angebot für Sozialhilfe beziehende ausbildungslose junge Mütter.</p> |
| Ausbildungslose junge Erwachsene (18 - 25 Jahre), für welche eine berufliche Grundbildung mit Attest (EBA) zu hochschwellig ist, erhalten durch individuelle Förderung und Unterstützung die Gelegenheit, sich zu qualifizieren und sich Schritt für Schritt in Richtung ersten Arbeitsmarkt zu bewegen. | <p>M 4: BIAS-Einzeleinsatzplätze in Non-Profitbetrieben (allenfalls im ersten Arbeitsmarkt), welche jungen, sozialhilfeberechtigten Erwachsenen ein Herantasten an den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen.</p> <p>M 5: Evaluation und Attest „on the job“ von Schlüsselkompetenzen und Ressourcen von jungen Erwachsenen ohne Ausbildung. Enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft (Kompatibilität mit validation des acquis).</p> |

Diese Massnahmen werden durch das Kompetenzzentrum Arbeit in enger Kooperation mit Wirtschaft sowie städtischen und kantonalen Institutionen umgesetzt und laufend den sich verändernden Verhältnissen des Arbeitsmarkts angepasst.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Kosten für die Herstellung der DVD zur Berufswahlvorbereitung sowie der Versand derselben, die Mitfinanzierung der Elternabende für Fremdsprachige sowie die beiden Leistungsverträge von je Fr. 30 000.00 sollen auch in Zukunft weitergeführt werden. Die entsprechenden Gelder sind im Budget des Schulamts eingestellt.

Das Gleiche gilt auch für die Massnahmen des Kompetenzzentrums Arbeit, welche im Rahmen der „Strategien und Massnahmen zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration in der Stadt Bern 2010 - 2013“ geplant und umgesetzt werden.

Fazit

Der Gemeinderat teilt die Auffassung der Postulantinnen und Postulanten, dass für die Stadt Bern eine gute funktionierende Wirtschaft mit gut qualifizierten Fachpersonen sehr wichtig ist. Deshalb hat es sich der Gemeinderat zum Ziel gesetzt, dass die Stadt Bern ein Zentrum für Bildung und Forschung ist resp. wird. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben, da die Stadt Bern Standort verschiedenster Ausbildungsstätten aller Stufen ist.

Bund, Kanton und Gemeinde leisten ihren Beitrag für eine gute Bildung und eine funktionierende Wirtschaft. Nicht auf allen Ebenen liegt die Verantwortung bei den Gemeinden. So hat die Stadt Bern auf der Ebene der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe nur indirekte Einflussmöglichkeiten.

Da aber die beiden übergeordneten Staatsebenen in den im Postulat angeregten Bereichen selber aktiv sind, vertritt der Gemeinderat die Auffassung, dass er sein Engagement weiterhin darauf konzentrieren kann und soll, dass die Schülerinnen und Schüler in der Stadt Bern am Ende der Volksschule eine Anschlusslösung haben und dass für Jugendliche und junge Erwachsene Angebote zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration bestehen. Hingegen liegt die Verantwortung auf der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe bei Bund und Kanton. Die bestehenden Institutionen auf dieser Ebene wie auch die gesetzlichen Vorgaben verfolgen die im Postulat angeregten Zielsetzungen, womit diese Anliegen ebenfalls erfüllt werden. Der Gemeinderat lässt sich im Rahmen der bestehenden Kontakte jeweils über den Stand informieren und wird das Anliegen weiterhin thematisieren.

Bern, 2. Februar 2011

Der Gemeinderat